

Johannes Varwick Stellungnahme zur „Kleinen Anfrage“ der Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag (Drucksache 20/14452 vom 9.1.2025)

Die Bundestagsfraktion der so genannten „Alternative für Deutschland“ fragt in einer parlamentarischen Anfrage an die deutsche Bundesregierung nach möglichen Auswirkungen auf die Wissenschaftsfreiheit und den wissenschaftlichen Diskurs von Äußerungen durch sich dem Internetphänomen „North Atlantic Fella Organization“ (NAFO) zurechnende Personen. In diesem Zusammenhang wird mehrfach mein Name genannt und meine Position auch zutreffend dargestellt: Als Wissenschaftler, der sich seit vielen Jahren mit Sicherheitspolitik befasst, dazu intensiv geforscht und publiziert sowie beim Thema Krieg gegen die Ukraine eine in etlichen Punkten vom wissenschaftlichen, politischen und medialen Mainstream abweichende Position hat und diese öffentlich vertritt.

Überdies ist zutreffend, dass mich – wie in der AfD-Anfrage korrekt benannt – meine Positionen und Veröffentlichungen zum Krieg gegen die Ukraine in nicht akzeptabler Weise zu Zielen von systematisch diffamierenden Aktivitäten durch „NAFO-Mitglieder“ gemacht haben. Da die reichweitenstarke „NATO-Community“ in Sozialen Netzwerken wie „X“ einen nicht näher zu bemessenden Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung in Fragen des russischen Angriffskrieges hat, ist es zudem zu begrüßen, dass aus dem parlamentarischen Raum gefragt wird, wer hinter diesen meist anonymen Accounts steckt, was deren Folgen sind, ob es sich womöglich um eine nachrichtendienstlich oder durch andere staatliche Behörden beeinflusste Gruppierung handelt und inwieweit mit Diffamierungen und Einschüchterungsversuchen von Wissenschaftlern die Wissenschaftsfreiheit bedroht ist. Ich begrüße diese Fragen ausdrücklich -und bin auf die Antworten gespannt.

Zugleich stelle ich klar, dass ich in diese Anfrage der AfD zu keinem Zeitpunkt involviert war. Ich sehe mich im Gegenteil einer auch im Inneren wehrhaften Demokratie verpflichtet. Nicht alle Funktionäre und Mitglieder der AfD sind rechtsextrem, aber die Partei duldet und fördert rechtsextremistische Positionen und radikalisiert sich zunehmend. Wer sich in diesem Wissen mit der AfD oder ihren Aktivitäten gemein macht, schadet der Demokratie. Die AfD wird in Deutschland vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt und einige ihrer Landesverbände sind nach Einstufung von Landesämtern für Verfassungsschutz gesichert rechtsextrem. All des schließt für mich eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD aus – selbst, wenn es in einigen außenpolitischen Fragen sachliche Schnittmengen geben mag und ich die hier dargestellte Kleine Anfrage als sachlich begründet ansehe.

Es ist zu bedauern, dass solche Anfragen nicht aus der Mitte des Parlaments kommen. Gegen „Beifall von der falschen Seite“ (dazu hat Hans-Magnus Enzensberger schon 1962 das Notwendige gesagt: „Wer ständig im feindlichen Feld nach Anzeichen des Beifalls Ausschau hält, macht seine Feinde zu Schiedsrichtern des eigenen Redens“) kann man sich nicht wehren. Aber das setzt voraus, dass eine klare Distanzierung von denjenigen „Unterstützern“ erfolgt, die man für nicht akzeptabel hält. Diese ist hiermit abermals erfolgt.

Berlin, 15.1.2025



(Prof. Dr. Johannes Varwick)